

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/182

Bonn, den 25. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2a	<u>Vor dreißig Jahren</u> Das Abkommen von München	108
2a - 2b	<u>So erlebte ich "München"</u> Von Georg Scheuer, Paris	70
3 - 4	<u>Hessen geht neue Wege in der Gemeindereform</u> "Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit" vorgelegt	62
5 - 6	<u>Gewinnt Indien den Wettlauf mit dem Hunger?</u> Bemerkenswerte Erfolge der modernen Landwirtschaftspolitik im letzten Jahr Von Dr. Günther Müller, MdB	60

*

*

*

Vor dreißig Jahren

Das Abkommen von München

ler - In das Bewußtsein der europäischen Völker ist das vor dreißig Jahren am 29. September 1938 in München zwischen dem britischen Premierminister Chamberlain, dem französischen Ministerpräsidenten Daladier, dem italienischen Diktator Mussolini und dem Diktator Deutschlands, Hitler, unterzeichnete Abkommen als ein Akt räuberischer Erpressung eingegangen. Der Nationalitätenstaat Tschechoslowakei mußte die Sudetengebiete an das Dritte Reich abtreten, obwohl die Sudetendeutschen selbst, die schon einmal 1918 als es um die staatliche Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg in Mitteleuropa ging, nicht gefragt wurden, wohin sie gehören wollen. Sie wurden wie Bauern auf dem Schachbrett der Geschichte hin und her geschoben.

Die Vorgeschichte des Münchner Abkommens, in vielen Büchern von damaligen Akteuren beschrieben, ist eine erregende Lektüre. Dem braunen Diktator ging es nicht - wie er immer behauptet hatte - um die Verbesserung des Loses der Sudetendeutschen, die als Staatsvolk zweiten Grades galten und in vielen Bereichen benachteiligt wurden; das war ihm völlig gleichgültig. Sein Ziel war die Zerschlagung der Tschechoslowakei, um die Südflanke frei zu bekommen für einen späteren Angriff gegen den Osten. Schon damals im heißen Hochsommer 1938 hatte er gegen den Nationalitätenstaat kriegerische Aktionen im Sinn. Sie konnten nicht verwirklicht werden, weil Großbritannien, Frankreich und Italien ihm die Amputation der Tschechoslowakei durch Verhandlungen anboten. Es gab damals viele Politiker, die in Hitler den Mann sahen, der nur das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen wollte. War nicht unter dieser Losung der Erste Weltkrieg geführt worden? Wie grausam sollten sich diese Politiker täuschen. Für den Verderber Deutschlands und Europas ging es nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, es ging im vielmehr um einen entscheidenden Schritt auf jenem Wege, auf dem Europa in den Abgrund geriet.

Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens von München schrieb die ehrwürdige Londoner "Times": kein siegreich vom Schlachtfeld heimkehrender Eroberer könnte mit edlerem Lorbeer geschmückt werden als Mr. Chamberlain bei seiner Ankunft aus München. Der britische Premierminister selbst glaubte, durch seine Unterschrift unter dieses Abkommen den Frieden für eine Generation gerettet zu haben. Der Friede dauerte nicht einmal ein Jahr. Im März 1939 marschierten Hitlers Truppen in Prag ein und die Tschechoslowakei wurde zum Protektorat, in dem ein Heydrich wüten konnte. Die nun beginnende Leidensgeschichte des tschechoslowakischen Volkes fand später in LIDICE ein welterschütterndes Symbol berechneter Vernichtungswut.

Die deutschen Sozialdemokraten erinnern in dieser Stunde daran,

daß es die sudetendeutschen Sozialdemokraten waren, die nach dem Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei zu den ersten Opfern der braunen Diktatur wurden. Sie hatten sich in ihrer Heimat bis zuletzt mannhaft gegen die Vergewaltigung der Tschechoslowakei gewehrt. Viele tausende sudetendeutsche Sozialdemokraten, aufrechte Frauen und Männer, wurden wegen ihres Widerstandes gegen Hitler in die Konzentrationslager des Dritten Reiches gebracht. Tausende flohen aus ihrer Heimat, gingen in die Emigration.

- * Das Münchner Abkommen war die Vorstufe zum Zweiten Weltkrieg,
- * an dessen Folgen wir noch heute a l l e leiden. Ohne den
- * Zweiten Weltkrieg hätte es auch keine Vertreibungen von
- * Millionen Sudetendeutschen, Schlesiern, Ostpreußen und Pomern
- * gegeben, gäbe es keine deutsche Spaltung und keine DDR, gäbe
- * es kein gespaltenes Europa, und wohl auch nicht die zweite
- * Invasion der Tschechoslowakei, dreißig Jahre später, an der sich
- * zur Schande unseres Volkes Truppen der DDR beteiligten.

Das Münchner Abkommen ist für die Welt zum Inbegriff einer brutalen Erpressungspolitik geworden. Es brachte seinen Unterzeichnern keine Ehre ein. Einer der Unterzeichner, Adolf Hitler, ging durch den Sturm, den er selbst entfesselte, in Schmach und Schande unter und riß dabei unser Volk und Europa in ein schreckliches Chaos. Heute darüber zu streiten, ob das Münchner Abkommen noch gültig ist, grenzt an Weltfremdheit, die nicht ermessen kann, welche Assoziationen sich mit diesem Abkommen verbinden. Es ist, von Anfang an ungerecht, praktisch tot. Die Berufung auf München ist keine Waffe, mit der man den Weg zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit im mitteleuropäischen Raum behnen kann. Je mehr darüber gestritten wird, umso mehr werden wir uns davon entfernen, was unser ganzes Volk und die Vertriebenen brauchen: Das Bewußtsein einer über alle Parteigrenzen hinweg wirk-samen Solidarität.

Das Münchner Abkommen und die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei hat viele Jahre lang Deutsche und Tschechen entzweit und zwischen beiden Völkern tiefe Gräben aufgeworfen. Doch es fehlte auch nicht an Bemühungen, diese Gräben zu überbrücken. Es tut gut, in Erinnerung zu rufen, was in der Regierungserklärung der Großen Koalition am 13. Dezember 1966 steht.

- * Auch mit der Tschechoslowakei möchte sich das deutsche Volk
- * verständigen. Die Bundesregierung verurteilt die Politik
- * Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen
- * Staatsverbandes gerichtet war. Sie stimmt der Auffassung zu,
- * daß das unter Androhung von Gewalt zustandegekommene Münchner
- * Abkommen nicht mehr gültig ist. Gleichwohl bestehen noch
- * Probleme, die einer Lösung bedürfen, wie zum Beispiel das des
- * Staatsangehörigkeitsrechts. Wir sind uns unserer Obhutspflicht
- * gegenüber den sudetendeutschen Landesleuten wie gegenüber allen
- * Vertriebenen und Flüchtlingen bewußt und nehmen sie ernst.
- * Diese Vertriebenen haben, wie das tschechoslowakische Volk
- * zuvor, bitteres Leid und Unrecht erfahren. Der Bundesregierung

- * liegt daran, dieses trübe Kapitel der Geschichte unserer
- * Völker zu beenden und ein Verhältnis vertrauensvoller Nachbar-
- * schaft herzustellen".

Zwischen Bonn und Prag bestehen keine territorialen Streitfragen. Vor dem düsteren 21. August hätte man sich schon vorstellen können, daß 30 Jahre nach dem Münchner Abkommen zwischen Bonn und Prag eine für beide Seiten zufriedenstellende Regelung zu erzielen gewesen wäre und damit der Anfang des Beginnens einer Aussöhnung von zwei Völkern, die Jahrhunderte hindurch nebeneinander friedlich lebten. Diese Hoffnung muß wohl jetzt angesichts der tragischen Ereignisse in der Tschechoslowakei einstweilen zurückgestellt werden, doch aufgegeben wird sie nicht. Die Geschichte ging über das Münchner Abkommen hinweg, seine Verteidiger bewegen sich - politisch gesehen - im luftleeren Raum, gültig bleibt jedoch die Erkenntnis: Ein Schlußstrich unter die Tragödie der letzten dreißig Jahre kann nur in einem Europa gezogen werden, das in sich selbst ruht, den Ausgleich zwischen West und Ost gefunden hat und in dem die Völker als Gleiche unter Gleichen miteinander wetteifern um Frieden und Gerechtigkeit.

+ + +

So erlebte ich "München"

Von Georg Scheuer, Paris

Prag, Anfang September 1938. Ich lebe seit einem halben Jahr als politischer Flüchtling in der demokratischen Tschechoslowakei, umklammert vom Dritten Reich im Norden, Westen und Süden. Im Osten das Ungarn des Admirals Horty, das Polen der rechtsradikalen Obersten, noch weiter im Osten das Russland Stalins.

Am 12. März hatte ich Österreich verlassen, in der Stunde des Hitler-Einmarsches. Europa ist geschüttelt von den Fieberschauern des herannahenden Krieges. Keine Ausreisemöglichkeit aus der eingekreisten Tschechoslowakei. Mein österreichischer Pass ist nicht mehr gültig.

Hetze aus dem Äther

Der Äther hallt wider von den immer heftigeren Reden Hitlers "gegen Benesch und die Prager Verbrecheroligue". Er wolle nur die deutschsprachige Sudetenbevölkerung "heinführen", versichert er. In Prag jagen die Gerüchte einander. Die tschechoslowakische Armee ist in Alarmbereitschaft.

Die KPTsch versucht, die Situation auszunützen. Ihre Parole: "Prag - Moskau". Die erdrückende Mehrheit des tschechischen Volkes blickt aber mit Glauben und Vertrauen nach Paris und London. Die Kapitulation der Westmächte einige Monate vorher im Falle Österreichs kann die Zuversicht der Tschechen nicht erschüttern.

Endlich erhalte ich nach langen Bemühungen ein Durchreisevisum

für Frankreich. Wie soll ich nach Frankreich gelangen? Zwischen mir und Frankreich liegt das anschwellende braune Meer. Glücklicherweise funktioniert immer noch die Luftlinie Prag-Straßburg.

Mein erster Flug: Die Menschen werden zu Ameisen und die Häuser zu Zündholzschachteln. Unter uns die langen Bänder von Horizont zu Horizont: Die Autobahnen des Dritten Reiches, die Zufahrtstraßen für die Schlachtfelder von morgen. Unter uns die "Stadt der Parteitage".

Kopfschütteln in Paris

Paris, Mitte September 1938. Welcher Kontrast mit Prag! Dort durchgreifende Mobilmachung, Fanatismus, allgemeine Kampfbereitschaft. Hier tiefer Frieden, keine Spur einer geistigen oder materiellen Mobilmachung, nichts von Hass oder Fanatismus. Die Franzosen haben andere Sorgen - die großen Streikwellen sind kaum verebbt - und glauben nicht an einen bevorstehenden Krieg mit Deutschland. Meine Berichte aus Österreich und der Tschechoslowakei werden nur mit Kopfschütteln quittiert.

Die einmal in Bewegung geratene Entwicklung geht aber unerbittlich ihren Gang.

Soll ich in Frankreich bleiben? Mein Ziel: England oder ein Land, von dem ich naiverweise annahm, daß es neutral bleiben könnte, z.B. Belgien, Holland oder Norwegen.

Als Bergmann verkleidet gehe ich mit der Morgenszeitung über die belgische Grenze. Noch während ich auch diese Grenze überschreite, holt Hitler zum Schlag gegen die Tschechoslowakei aus. Sonderausgaben der Abendzeitungen: "Alarmbereitschaft in Prag! Hitler konzentriert die Wehrmacht an der Sudetengrenze. Blutige Zusammenstöße. Generalmobilmachung in ganz Westeuropa".

In den nächsten Stunden erfolgt die Mobilmachung in Paris, in London. Jubel in Prag: Die Alliierten sind mit uns. Aber Frankreichs Soldaten ziehen widerwillig in die Kasernen und zu den Bahnhöfen. Viele wissen nicht einmal genau, wo diese Tschechoslowakei liegt.

Antwerpen, Ende September 1938: Gedrückte Stimmung herrscht seit Tagen in Brüssel und Antwerpen. Die Militärzüge rollen durch die Nacht. Die Armeen marschieren zu den Grenzen und beziehen ihre Stellungen. Europa ist wieder in Aufruhr: Gegeneinander.

Aber schon wenige Stunden später bricht der Frieden aus. Daladier und Chamberlain beschließen mit Hitler und Mussolini in München, die verbündete Tschechoslowakei zu opfern. Die Soldaten Frankreichs, Belgiens, des demokratischen Westeuropas können wieder heimkehren. Der Krieg ist aus, ehe er begonnen hat: In Wirklichkeit ist er nur verschoben.

Während die Menschen in Prag über den Verrat fluchen und weinen, während Hitlers Armeen in die deutschsprachige Gebiete Böhmen und Mährens einmarschieren, herrscht Jubel in Paris, Brüssel und Antwerpen: Der Friede scheint gerettet. Europa hat noch eine Gnadenfrist...

Der faule Pakt von München hat nichts gerettet. Er hat nur die westlichen Demokratien demoralisiert, dem totalitären Gegner wichtige Positionen ausgeliefert und die Tschechen für den Kommunismus reif gemacht. Der Verrat von München führte nicht zum Frieden, sondern geradeaus zum Krieg, genau ein Jahr danach.

Hessen geht neue Wege in der Gemeindereform

"Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit" vorgestellt

rueck - Mit der Einführung neuer Formen für die kommunale Zusammenarbeit will die hessische Landesregierung die kommunale Verwaltungskraft stärken, eine Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung ermöglichen und gemeindliche Zusammenschlüsse fördern.

Hessens Innenminister Heinrich Schneider präsentierte in diesen Tagen auf einer Pressekonferenz den Entwurf für ein "Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit", das als neue Rechtsformen für kommunales Zusammenwirken den Gemeindeverwaltungsverband, die Verwaltungsgemeinschaft und die kommunale Arbeitsgemeinschaft vorsieht.

Nutzung der Datenverarbeitung soll ermöglicht werden

Hauptanliegen des Gesetzentwurfes ist es, den Gemeinden praktikable Möglichkeiten zu geben, ihre Bürogeschäfte ohne Preisgabe ihrer Selbständigkeit zentral und gemeinsam zu erledigen. Mit der Einführung von Gemeindeverwaltungsverbänden und Verwaltungsgemeinschaften will die hessische Landesregierung vor allem der fortschreitenden Anwendung moderner technischer Hilfsmittel in der Verwaltung Rechnung tragen. Damit soll die Voraussetzung geschaffen werden, daß auch kleine Gemeinden von der Nutzung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen profitieren können. Durch die Zusammenfassung des Verwaltungsapparates mehrerer Kleingemeinden wird es möglich sein, qualifiziertes Personal zu beschäftigen, das die Erfassung und Aufbereitung der Daten fachkundig vornehmen kann.

Gemeindeverwaltungsverband und Verwaltungsgemeinschaft

Ein weiteres Ziel des Entwurfs ist es, die kommunale Verwaltungskraft allgemein zu stärken und gemeindliche Zusammenschlüsse zu fördern. Es geht darum, die kommunalen Selbstverwaltungsorgane von Routinearbeit zu entlasten und für ihre eigentlichen Aufgaben und Entscheidungen freizumachen. Ferner ist zu erwarten, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Gemeindeverwaltungsverband oder in der Verwaltungsgemeinschaft früher oder später den Anstoß zu echten

gemeindlichen Zusammenschlüsse geben wird.

Verwaltungsverbände notfalls durch Pflichtregelung

Von den in dem "Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit" vorgesehenen Formen kommunaler Zusammenarbeit sind der Gemeindeverwaltungsverband und die Verwaltungsgemeinschaft die wichtigsten. Der Gemeindeverwaltungsverband ist ein Zweckverband, der für die ihm angeschlossenen Gemeinden die laufende Verwaltungsarbeit übernehmen soll. Neben den allgemeinen Verwaltungsgeschäften gehören dazu vor allem die Kassen- und Rechnungsgeschäfte sowie die Veranlagung und Einziehung der gemeindlichen Abgaben. In der Verwaltungsgemeinschaft beruht die Zusammenarbeit auf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Hier werden die Verwaltungsaufgaben von einer Mittelpunktsgemeinde für mehrere benachbarte Orte miterledigt. Lediglich als lockere Zusammenarbeit ohne eigene Rechtspersönlichkeit wird schließlich noch die kommunale Arbeitsgemeinschaft angeboten. Sie soll der regelmäßigen Abstimmung und Beratung gemeinsam interessierender Fragen dienen. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft empfiehlt sich als Vorstufe für eine spätere Zusammenarbeit im Zweckverband.

In der Regel soll die Zusammenarbeit im Verwaltungsverband freiwillig erfolgen. Wenn jedoch die Verwaltungskraft einzelner Gemeinden auf die Dauer nicht ausreicht, ist die Aufsichtsbehörde befugt, Gemeindeverwaltungsverbände als Pflichtverbände und Verwaltungsgemeinschaften durch Pflichtregelung zu bilden.

Im Hinblick auf die Gemeindereform in Hessen sagte Minister Schneider, das neue Gesetz müsse als Teilstück jener Initiativen gesehen werden, mit denen die hessische Landesregierung den Zusammenschluß von Gemeinden fördere. Ein Bündel parallel laufender Maßnahmen wirke in diese Richtung. Dazu gehören finanzielle Vergünstigungen für freiwillige Zusammenschlüsse, bei den Schlüsselzuweisungen die Erarbeitung eines Modellplanes für das ganze Land mit Einzelvorschlägen für gemeindliche Zusammenfassungen und vor allem die Förderung der Zusammenarbeit in Verwaltungsverbänden.

Gewinnt Indien den Wettlauf mit dem Hunger?

Bemerkenswerte Erfolge der modernen Landwirtschaftspolitik
im letzten Jahr

Von Dr. Günther Müller, MdB

Die jüngste Enzyklika des Papstes, Humanae Vitae, hat unter anderem auch deswegen Kritik in der Weltöffentlichkeit gefunden, weil man befürchtet, daß die "Bevölkerungsexplosion" in den Entwicklungsländern zu einer Hungerkatastrophe führen kann. Im Mittelpunkt der Befürchtungen steht dabei das bevölkerungsmäßig zweitgrößte Land der Erde, Indien. Die Zunahme der Bevölkerung in diesem State in den letzten zehn Jahren um rund 100 Millionen Menschen und die ständigen Hungersnöte scheinen diese Bedenken zu bestätigen. Tatsächlich hat die Entwicklung der indischen Landwirtschaft bis vor Jahresfrist und ihr Zurückbleiben gegenüber der industriellen Entwicklung nicht nur der indischen Regierung Sorgen bereitet. Ohne die starken Getreidelieferungen der USA wäre es in Indien schon längst zu einer Katastrophe gekommen.

Nicht nur die USA, sondern auch andere westliche Industrienationen haben Indien wissen lassen, daß sich das Land nicht auf die Dauer auf Getreidelieferungen verlassen könne, sondern verstärkt eigene Anstrengungen unternehmen müsse, um die Nahrungsmittellücke zu schließen.

In den Jahren 1967/68 scheint nun Indien bemerkenswerte Leistungen auf dem Agrarsektor erreicht zu haben, die zu berechtigten Hoffnungen Anlaß geben. Schwerpunkt des indischen Agrarprogramms bildet nicht die Ausweitung der Anbaufläche, sondern vielmehr verbesserte Anbaumethoden. Vor allem soll die Bewässerung verbessert werden und mehr Kunstdünger und hochwertiges Saatgut eingesetzt werden. Bis 1970/71 sollen rund 13 Millionen Hektar von diesem Programm erfaßt werden. Man verspricht sich von dem Einsatz schnellreifender Saat-

sorten eine Verdoppelung der Ernten. Dabei soll vor allem der mexikanische Kurzstrohweizen und eine philippinische Reissorte verwandt werden. Die im abgelaufenen Landwirtschaftsjahr 1967/68 angelaufenen Versuche in den indischen Bundesstaaten Kerala und Mysore haben die Erwartungen der Regierung übertroffen. Man erreichte eine Reisernte bis in die Höhe von 6700 Kilogramm pro Hektar, was für indische Verhältnisse bisher nicht erreichbar war. Die Konzentrierung der Versuche auf Kerala hat sicher auch politische Hintergründe, denn dieser volkreichste indische Staat an der Südwestküste gilt zugleich als derjenige, der am stärksten zu den Kommunisten neigt. In Kerala war es den Kommunisten schon vor zehn Jahren gelungen, in freien Wahlen eine Mehrheit zu erlangen.

1967/68 erreichte Indien mit 95 Millionen Tonnen eine Rekordgetreideernte, die es für die Zukunft als möglich erscheinen läßt, eine jährliche Zuwachsrate von vier Prozent zu erreichen. Damit würde die Getreideproduktion über der Geburtenrate liegen und es ermöglichen, die Hungerlinie zu überwinden.

Auch im Punjab werden seit Jahren Versuche zur Leistungssteigerung - unter anderem auch mit deutscher Hilfe - gemacht. Innerhalb von zehn Jahren gelang es hier, die Weizenproduktion pro Hektar zu steigern, während bei Baumwolle 32 Prozent und bei Erdnüssen 74 Prozent erreicht wurden. Wenn das neue Regierungsprogramm für die 15 Millionen Hektar erfolgreich wäre, könnte allein auf diesen Anbauflächen, die rund acht Prozent der gesamten indischen Anbaufläche ausmachen, eine höhere Ernte pro Jahr als derzeit für Gesamtindien erreicht werden. Mit der Möglichkeit einer dreifachen Ernte im Jahr mit den neuen ertragreichen Sorten könnten 12 Tonnen pro Hektar erzielt werden, was allein für 10 Millionen Hektar 120 Millionen Tonnen Getreide bedeuten würde. Die Rekordernte des vergangenen Jahres betrug aber nur 95 Millionen Tonnen.

Die verstärkte Anwendung von Erkenntnissen der Wissenschaft - hochwertiges Saatgut, verbesserte Bewässerung und besserer Pflanzenschutz - würde ausreichen, um Indien vor einer drohenden Hungersnot zu bewahren. Der Wettlauf zwischen Produktion und Hungersnot kann auch in Indien klar zugunsten der Produktion gewonnen werden.